

Gärtner=Zeitung.

Zentralorgan für die Interessen aller im Gartenbau und in der Blumen- und Kranzbinderei tätigen Personen.

Offizielles Organ des Allgemeinen Deutschen Gärtner-Vereins (Sitz: Berlin).

Mit illustrierter Monatsbeilage „Gärtnerei-Fachblatt“.

Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Gärtner-Vereins erhalten die Zeitung gratis.

Erscheint wöchentlich jeden Sonnabend. Jährlich 52 Nummern.

Abonnements nehmen alle Postanstalten entgegen. Preis vierteljährlich 3.90 Mark.

Redaktion und Expedition: Berlin N. 37, Metzger Straße No. 3.

Eigentümer und Herausgeber: Hauptvorstand des Allgemeinen Deutschen Gärtner-Vereins.

Redaktionsschluss: Jeden Dienstag Morgen.

In **Bremen** dauert der Kampf jetzt die 6. Woche an. Der Kampf wird weiter geführt. In **Hamburg-Hellbrook** dauert die Aussperrung weiter an. Alle Branchen sind in Hamburg mit Arbeitskräften überlaufen.

Bremen und Hamburg sind unter allen Umständen zu meiden.

Macht dies überall bekannt, Kollegen, da der „Allgemeine Samen- und Pflanzen-Anzeiger“ (Thiele) unsre Bekanntmachungen nicht mehr aufnimmt.

Der Allgemeine Deutsche Gärtner-Verein im Jahre 1909.

Am Anfang des vergangenen Jahres sah mancher unsrer Kollegen und sahen auch wir selbst mit stiller Sorge in die Zukunft. Nichts deutete darauf hin, daß die Verhältnisse für die Lohnarbeiterschaft sich günstig gestalten könnten. Die Arbeitslosigkeit war durch den wirtschaftlichen Niedergang in allen Berufen eine große, gleich wie im Jahre 1908; überall viel Arbeitslose und wenig Arbeitsgelegenheit. Diese Verhältnisse wirken natürlich auch auf die gewerkschaftlichen Organisationen. Das Ziel der letzteren, die Lage ihrer Mitglieder zu heben, kann in solchen Zeiten nicht in dem Maße verfolgt werden, wie es wünschenswert und notwendig ist. Lohnbewegungen und Streiks können nur wenige geführt werden, weil die Arbeitsgelegenheit gering und das Angebot von Arbeitskräften übermäßig groß ist. Die Haupttätigkeit der Gewerkschaften in solchen Zeiten ist diese: darauf zu achten und hinzuwirken, daß die bestehenden Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht verschlechtert werden; daß die Organisation nicht geschwächt wird, sondern kampfbereit bleibt, und daß die arbeitslosen Mitglieder nach Möglichkeit unterstützt werden, damit sie vor der bittersten Not geschützt sind und nicht in die Lage gedrängt werden, infolge ihrer Not als Lohndrücker aufzutreten.

Zu diesem schon allgemein ungünstigen Stande kam für uns noch, daß 1909 mit einem Winter einsetzte, wie man ihn so anhaltend seit Jahrzehnten nicht gekannt hat; er begann Anfang Januar und dauerte ununterbrochen bis Ende März. In dieser Zeit lag die Landschaftsgärtnerei ganz brach, und in der Handeisgärtnerei konnte nur die notwendigste Arbeit verrichtet werden. — Die Arbeitslosigkeit war allgemein. Mit Eintritt des Tauwetters wurde die Arbeitsgelegenheit natürlich eine gewaltige. Eine große Anzahl Stellen konnte damals nicht besetzt werden. Aber diese günstige Periode dauerte nicht lange. Schon vor Pfingsten setzte die Arbeitslosigkeit wieder ein, und sie hielt bis Jahreschluß an. Die Arbeitslosigkeit des Jahres 1909 war in unserm Beruf die größte in den letzten drei Jahren. Vor dieser Zeit liegen Zahlen

für Vergleiche noch nicht vor, weil wir uns erst seit 1907 an der Arbeitslosenstatistik beteiligen. Es ergaben sich für jeden Fall von Arbeitslosigkeit: Für 1907 sieben Tage, für 1908 zehn Tage und für 1909 zwölf Tage. — Wohin wir blicken: alles ungünstige Momente für die Entwicklung der Organisation. Trotz alledem können wir noch einen kleinen Fortschritt in der Organisation verzeichnen. Wir hatten eine durchschnittliche Mitgliederzahl von **4817**, das sind also immerhin 17 mehr wie 1908.

An Beitragsmarken wurden **190037** Stück verkauft; das sind 4327 mehr als im Vorjahre. Die Durchschnitts-Mitgliederzahl und der Markenverkauf gestalteten sich seit 1904 wie folgt:

	Mitgliederzahl	Markenverkauf
1904	2808	106 326
1905	3880	139 873
1906	4601	169 385
1907	4952	180 395
1908	4800	185 710
1909	4817	190 037

In der Mitgliederzahl ist 1908 scheinbar ein kleiner Rückschritt eingetreten. Dieser erklärt sich daraus, daß einige Orte die Mitgliederzahl früher immer zu hoch angegeben hatten; ein Verfahren, das unter allen Umständen zu verwerfen ist. Der ständige Fortschritt wird indessen bewiesen durch den sich ständig steigenden Markenverkauf. Der Markenverkauf ist eben für die Entwicklung der richtigste Gradmesser. Es sei ausdrücklich bemerkt, daß die Zahl der ausgegebenen Arbeitslosenmarken in jene Zahlen nicht mit einbegriffen ist. Diese betrug für das Vorjahr 5956. Der Steigerung des Markenverkaufs entsprechend können wir auch eine Steigerung der Einnahmen feststellen. Allerdings ist ein Teil der Einnahmesteigerung mit auf die Erhöhung der Ortszuschläge in den einzelnen Verwaltungsstellen zurückzuführen.

Die beigefügten Tabellen geben Aufschluß über das Kassenwesen der Organisation. Die erste Tabelle zeigt die Einnahmen und Ausgaben, nach Agitationsbezirken geordnet; die zweite Tabelle zeigt die Kassengestaltung der Ortskassen und der Hauptkasse gemeinsam. Eine erwähnenswerte Verschiebung der Posten finden wir bei den Ausgaben für Unterstützung und für Streiks.

An Arbeitslosen-, Reise-, Kranken-, Not- und Maßregelungunterstützung wurde im vergangenen Jahre 4818 Mk. mehr ausgegeben als 1908, im ganzen **18 282** Mk. (gegen 13 464 Mk.). Die verhältnismäßig große Zunahme erklärt sich aus den schon angegebenen Verhältnissen.

Die Ausgaben für Unterstützungen betragen seit 1904:

1904:	1244	Mk.
1905:	2334	"
1906:	6625	"
1907:	9637	"
1908:	13464	"
1909:	18282	"

Die für Streiks- und Lohnbewegungen ausgegebene Summe ist um 5341 Mk. niedriger als 1908.

Der Kassenbestand der Gesamtorganisation ist um 6321 Mk. gestiegen, von 27 200 Mk. auf **33 522** Mk. — Eine außerordentliche Ausgabe, die nicht jedes Jahr wiederkehrt, ist die Summe für unsre vorjährige Generalversammlung.

Die Reineinnahme der Gesamtorganisation betrug **96 782,36** Mk., die Ausgabe **90 460,22** Mk.

Haben sich unsre Kassenverhältnisse im vergangenen schlechten Jahre etwas gebessert, so läßt uns das bei der jetzt veränderten gesunden Grundlage mit Zuversicht vorwärts blicken.

Die Lohnbewegungen des Jahres 1909 konnten sich des langen Winters und der ungünstigen Wirtschaftslage halber nur in bescheidenen Grenzen halten. Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellungen fanden in Essen und Velbert statt. Eine Lohnbewegung mit teilweiser Arbeitseinstellung war in der Berliner Handelsgärtnerei zu verzeichnen, wodurch die geforderten Löhne, soweit unser Einfluß reichte, durchgesetzt wurden. — Im Sommer fand ein erfolgreicher Firmenstreik in Nürnberg statt. — Im Herbst führten unsre Mitglieder in der Hamburger Stadtgärtnerei eine Bewegung mit teilweisem Erfolg. — Im Dezember führte die Verwaltungsstelle Solingen einen Kampf um die Anerkennung des Koalitionsrechtes, mit Hilfe des dortigen Gewerkschaftskartells, mit gutem Erfolg. —

Konnte auf dem Wege des Lohnkampfes nicht viel erreicht werden, so wandten wir uns

Die Kassenverhältnisse der örtlichen Verwaltungen des Allgemeinen Deutschen Gärtner-Vereins 1909.

Aufgrund der Vierteljahrsabrechnungen für die einzelnen Agitationsbezirke zusammengestellt.

Einnahmen Jahr 1909.

Agitations- bezirke	Bestand vom vorigen Quartal Mark	Eintritts- geld à 50 Pf. (männl. Mitglieder) Mark	Eintritts- geld à 25 Pf. (weiblich u. jugendlich. Mitglieder) Mark	Wöchent- liche Beiträge à 35 Pf. Mark	Wöchent- liche Beiträge à 25/30 Pf. Mark	Örtliche Zuschuß- beiträge Mark	Beiträge zum Streik- fonds Mark	Extra- Beiträge Mark	Kalender à 75 Pf. Mark	Zuschuß aus der Haupt- kasse Mark	Fest- über- schüsse Mark	Bro- schüren- Verkauf Mark	Sonstige Ein- nahmen Mark	Gesamt einnahme einschl. Bestand Mark
I. Bezirk	5746,20	410,—	1,25	18746,70	26,50	5607,50	8,25	—	255,75	1129,50	891,52	30,40	694,43	33548,—
II. "	1412,51	232,—	—,50	8574,35	7,25	1938,05	—	—,75	179,50	335,84	835,93	30,55	481,26	14028,49
III. "	2828,43	250,50	—	9366,—	—	1914,45	—	—	253,75	14,—	791,18	23,—	269,36	15710,67
IV. "	411,54	120,50	—,25	3598,—	6,75	929,30	—	—	70,50	30,—	277,67	9,—	42,93	5496,44
V. "	1121,18	249,—	—,75	8153,95	225,20	1499,46	2,25	—	153,75	1285,73	259,96	28,60	538,52	13518,35
VI. "	1938,20	441,—	4,—	16258,55	288,05	4132,90	—	—	247,50	—	7,89	25,60	1532,37	24876,06
Summa :	13458,06	1703,—	6,75	64697,55	553,75	16021,66	10,50	—,75	1160,75	2795,07	3064,15	147,15	3558,87	107178,01

Ausgaben Jahr 1909.

Agitations- bezirke	Agitation (Versamm- lungen, Referate, Annonzen usw.) Mark	Lohnbewe- gungen u. Streiks im Berufe (aus der Ortskasse bezahlt) Mark	Streikunter- stützungen an andre Gewerk- schaften (aus der Ortsk. bez.) Mark	Unter- stützung, aus lokal. Mitteln Mark	Stellen- nachweis Mark	Bibliothek Mark	Persönl. Ausgaben (Gehalt, Entschädig. usw.) Mark	Sächliche Ausgaben (Materialien Miete usw.) Mark	Porto u. Druck- sachen Mark	Beiträge a. Kartelle und Arbeiter- sekretar. Mark	Sonstige Ausgaben Mark	An den Agi- tations- bezirk Mark	An die Haupt- kasse gesandt Mark	Kassen- bestand am Orte Mark	Gesamt- summe der Aus- gaben ein- schließlich Bestand Mark
I. Bezirk	779,90	—	528,55	709,50	48,19	119,42	1958,03	578,15	621,98	661,59	841,30	740,60	19207,90	6752,89	33548,—
II. "	348,77	—	215,45	156,45	34,12	42,15	50,20	265,29	376,43	584,24	473,01	1459,84	8222,07	1800,47	14028,49
III. "	288,97	—	133,—	318,69	9,66	321,37	447,37	449,97	442,01	493,95	256,04	906,36	8973,85	2669,43	15710,67
IV. "	43,44	—	26,35	19,44	—	7,30	193,80	298,98	180,49	153,06	260,74	277,55	3545,17	490,12	5496,44
V. "	126,21	—	87,65	98,40	4,50	44,70	555,42	519,38	433,49	215,57	268,28	696,44	9286,87	1181,44	13518,35
VI. "	1441,30	475,72	211,45	289,—	70,71	32,—	226,66	122,80	752,41	321,10	1416,73	48,50	16575,37	2892,31	24876,06
Summa :	3028,59	475,72	1202,45	1591,48	167,18	566,94	3431,48	2234,57	2806,81	2429,51	3516,10	4129,29	65811,23	15786,66	107178,01

desto eifriger dem Kampfe gegen die Mißstände im Kost- und Logiswesen zu. Es wurden in unsrer Zeitung 89 verschiedene Firmen mit zumteil gradezu haarsträubenden Zuständen im Kost- und Logiswesen öffentlich an den Pranger gestellt. Interessant ist, daß nur 2 oder 3 Firmen sich gegen die Veröffentlichungen wandten, ein Beweis, daß die geschilderten Verhältnisse den Tatsachen entsprechen haben. Ein Teil der Mißstände wurden nach der Veröffentlichung beseitigt. In allernächster Zeit werden die im vergangenen Jahre an den Pranger gestellten Firmen nochmals bekanntgegeben werden, um dann festzustellen, inwieweit sich die Verhältnisse gebessert haben. Wir müssen noch viel schärfer gegen den Kost- und Logiszwang vorgehen, gegen ihn ankämpfen, bis er verschwunden sein wird.

Über die Tätigkeit unsrer Arbeitsnachweise berichten wir in diesem Jahr zum ersten Mal. In 9 Städten haben wir zentralisierte Arbeitsnachweise, auf die sich unsre Angaben erstrecken: Barmen, Berlin, Dresden, Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg, Hannover, Leipzig und München. Die übrigen Verwaltungsstellen schließen sich diesen Orten an oder sie erledigen, wenn sie zu weit abliegen, den Nachweis selbst, dieser hat aber in den betreffenden Orten nie große Bedeutung.

Es meldeten sich 4246 Arbeitssuchende; offene Stellen wurden 3243 gemeldet, davon 2303 besetzt. Auf die verschiedenen Branchen verteilen sich die gemeldeten Stellen: Landwirtschaft 1190, Handelsgärtnerei 689, Baumschule 95, Privatgärtnerei 205, Staats- und Gemeindebetriebe 58, Blumengeschäfte 177 und Sonstige 271.

Auch durch die Arbeitsnachweise kann auf die Gestaltung der Arbeits- und Lohnverhältnisse günstig eingewirkt werden. So berichtet ein Arbeitsnachweis: „Es wurde für 6 Gehilfen in 2 Geschäften die Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden herabgesetzt, ferner wurde in 5 Geschäften das Kost- und Logiswesen abgeschafft und wurden dafür Wochenlöhne von 22 bis 23 Mark eingeführt.“

Rechnungslegung des Allgemeinen Deutschen Gärtnervereins für die Hauptkasse und die Ortskassen für das Jahr 1909.

Einnahmen 1909.

	Mk.
Bestand vom Jahre 1908 in der Hauptkasse	13742,52
Bestand vom Jahre 1908 in den Ortskassen	13458,06
Eintrittsgelder der örtlichen Verwaltungen	1709,75
Eintrittsgelder von Einzelmitgliedern	16,50
Wochenbeiträge der örtlichen Verwaltungen	65251,30
Wochenbeiträge von Einzelmitgliedern	1079,75
Örtliche Zuschlagsbeiträge	16021,66
Extrabeiträge und Sammlungen	11,25
Verlag (Kalender, Broschüren)	1502,44
Buchhandel	325,36
Festüberschüsse	3064,15
Bezugsgeld (Zeitungsabonnement)	740,01
Inserate	2101,30
Porto	34,89
Rechtsschutz	116,00
Verschiedene Einnahmen (Hauptkasse)	1249,13
Verschiedene Einnahmen (Ortskassen)	3558,87
Summa	123982,94

Ausgaben 1909.

	Hauptkasse Mk.	Ortskassen Mk.	In Summa Mk.
Zeitung	12940,87		12940,87
Agitation (Versammlungen, Referate usw.)	3241,82		6270,41
Lohnbewegungen und Streiks	864,46	3028,59	1340,18
Für Streiks anderer Gewerkschaften	500,00	1202,45	1702,45
Reiseunterstützung	1009,20		1009,20
Arbeitslosenunterstützung	13729,20		13729,20
Krankengeld	804,65		804,65
Not-, Umzugs-, Sterbeunterstützung	1001,80		1001,80
Gemäßregelungenunterstützung	148,40		148,40
Unterstützungen aus lokalen Mitteln		1591,48	1591,48
Persönliche Ausgaben (Gehalt, Entschädigung usw.)	4918,19	3431,48	8349,67
Sächliche Ausgaben (Miete, Material usw.)	1014,31	2234,57	3248,88
Porto und Drucksachen	1933,45	2806,81	4740,26
Verlag (Kalender und Sonstiges)	974,25		974,25
Buchhandel	495,66		495,66
Rechtsschutz	1028,23		1028,23
Arbeitsnachweis	241,90	167,18	409,08
Bibliothek und Bildungswesen	288,40	566,94	855,34
Generalversammlungen, Konferenzen usw.	2988,15		2988,15
Generalkommission (Beitrag)	403,60		403,60
Für Bezirkskassierung	636,46		636,46
An die Agitationsbezirke	12581,96	4129,29	16711,25
Beiträge an Kartelle und Sekretariate		2429,51	2429,51
Sonstige Ausgaben	3135,14	3516,10	6651,24
Bestand am Schlusse des Jahres 1909	17736,06	15786,66	33522,72
Summa	82616,16	41366,78	123982,94

Mit dem Arbeitsnachweis hängt die Statistik über die Arbeitslosigkeit eng zusammen. Leider meint ein Teil Verwaltungsstellen immer noch, er brauche nicht zu berichten. Grade durch die Arbeitslosenstatistik können wir beweisen, daß in unserm Beruf von dauernder Beschäftigung leider nicht gesprochen werden kann, wie es mit Vorliebe unsre Arbeitgeber immer noch zu tun pflegen, wenn es sich für sie darum handelt, die niedrigen Löhne zu rechtfertigen.

Die Statistik erstreckt sich im

Quartal	berichtende Mitglieder	arbeitslose Mitglieder	mit wieviel Tagen Arbeitslosigkeit
I.	3247	1118	23759
II.	4300	616	3388
III.	3788	932	11415
IV.	4116	803	8350

Das sind 3469 Fälle von Arbeitslosigkeit mit 46912 Tagen Arbeitslosigkeit, oder auf jeden Fall 12 Tage.

Würde sich jeder arbeitslose Kollege melden, so würde sich noch ein viel ungünstigeres Bild ergeben. Bemühen wir uns also alle, der Statistik mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Statistische Tabellen zu bearbeiten und zu studieren, gehört zwar nicht zu den Annehmlichkeiten, wir sehen aber an dem oben Angeführten, wie wichtig derartige Aufstellungen sind.

Ein Vorgang im Jahre 1909, die außerordentliche Generalversammlung, verdient noch in unserm Rückblick erwähnt zu werden. Die Einzelheiten sind unsern Mitgliedern bekannt, wir brauchen sie nicht zu wiederholen. Der Anlaß zur Generalversammlung war der Wechsel im Vorstände. Hinzu kam, daß die Verhältnisse gelehrt hatten, daß es nicht möglich war, bei den bestehenden Beiträgen und Leistungen die Organisation so kampffähig zu gestalten, wie es notwendig ist. Wohl ist es möglich gewesen, allen Anforderungen gerecht zu werden. Aber die Gewißheit, daß bei der aufsteigenden Konjunktur wieder zahlreiche Kämpfe zur Verbesserung der Lebenslage geführt werden müssen, und daß die Kämpfe immer schwerer werden bei den wachsenden Unternehmerorganisationen und zu solchen Kämpfen andre Kassenbestände gehören als insgesamt 33000 Mark, drängten zu einer Reform. Diese Reform hat die Generalversammlung vorgenommen. Es sind drei Beitragsklassen geschaffen worden, um sie den Verhältnissen gemäß einzuführen. Die Unterstützungssätze sind in Rücksicht auf die Dauer der Mitgliedschaft nach Jahren und Tagessätzen gestaffelt. Eine Ausbeutung der Organisation wie früher ist nicht mehr möglich. Ein abschließendes Urteil über die Wirkungen der Beschlüsse der Generalversammlung können wir erst am Jahreschluß fällen. Wir können aber schon heute versichern, daß es jetzt möglich ist, für unsre Kämpfe mehr Geldmittel als bisher zurückzulegen. Die für eine Kampforganisation gesunde Grundlage ist geschaffen. Nun gilt es aufzubauen.

Das vergangene Jahr hat uns also, trotz vieler Hindernisse, vorwärts gebracht. Marschiert sind wir immer; einen Stillstand oder Rückschritt kennen wir nicht. Aber der Fortschritt genügt uns nicht, wir müssen schneller vorwärtsschreiten. Wir müssen; denn die Verhältnisse zwingen uns dazu! Die Organisation ist die einzige Waffe, die wir besitzen, um für die Verbesserung unsrer Lebenslage zu kämpfen. Im Jahre 1909 hat man der deutschen Arbeiterschaft durch die berühmte „Reichsfinanzreform“ ihre Lebenslage enorm verschlechtert.

Wir wollen uns aber verbessern, und darum heißt es: Mehr Lohn, kürzere Arbeitszeit durch die Macht der Organisation! Darum gibt es nur eins für alle Kollegen, die vorwärts streben: Hilfe ein jeder mit die Organisation stärken! In der Mithilfe eines jeden Einzelnen liegt der Fortschritt und die Stärke der Arbeiterorganisationen begründet.

Josef Busch.

Was die Herrenhaus-Junker aus der Wahlrechtsvorlage gemacht haben.

Am 29. April hat das preußische Herrenhaus seine Beratungen über die Wahlrechtsvorlage beendet. Seine Beschlüsse sind so reaktionär, daß selbst der schwarze Blockbruder der konservativen Junker des Abgeordnetenhauses sich dafür bedanken muß, ihnen zuzustimmen. Es ist der Aberwitz einer Höflingsklippe, der in ihnen zum Ausdruck gelangt. Indes wird durch diese Beschlüsse das Zustandekommen des Wahlrechtsgesetzes überhaupt in Frage gestellt, sodaß man dem Herrenhaus zu seiner Totengräberarbeit beinahe gratulieren darf. Da seine Beschlüsse von denen des Abgeordnetenhauses abweichen, so geht die Vorlage nach einer binnen drei Wochen im Herrenhaus wiederholten Abstimmung an das Abgeordnetenhaus zurück, das zu dem Wahlrechtsprodukt von neuem Stellung nehmen muß. Stimmt es den Herrenhausbeschlüssen zu, was indes kaum zu erwarten ist, dann kann das Gesetz bis Ende Juni erledigt sein, ebenso, wenn es die ganze Vorlage ablehnt. Beschränkt sich das Abgeordnetenhaus auf einzelne Abänderungen oder auf Wiederherstellung früher gefaßter Beschlüsse, so beginnt das parlamentarische Fangspiel von vorn. Jedenfalls darf die Zeit bis zu den Entscheidungen nicht ungenutzt verstreichen, sondern die Wahlrechtsbewegung des entrechteten Volkes muß von neuem mit voller Kraft einsetzen, um zu verhindern, daß diese Vorlage Gesetz werde.

Die Kommission des Herrenhauses hatte vier erhebliche Abänderungen des Abgeordnetenhausentwurfes beschlossen, die Einfügung eines sog. Kulturträgerparagrafen und eine weitergehende Drittelung für größere Stimmbezirke. Als Kulturträger sollten Mitglieder des Reichstags, des preußischen Landtags, aller möglichen Landes-, Provinzial-, Kreis- und Stadtbehörden, sowie Mitglieder öffentlicher Kammern in die nächsthöhere Wählerklasse aufrücken. Die Drittelungsbezirke sollten in Orten von 10- bis 20000 Einwohnern auf 1749 bis 3499 Einwohner, in größeren Gemeinden auf 3500 bis 5249 Einwohner bemessen werden. Endlich wurde die Maximierung der Steuerleistung von 10000 bzw. 5000 Mk. auf 6000 bzw. 3000 Mk. ermäßigt, die aber nur für Staatseinkommensteuer gilt und alle kommunalen Steuerzuschläge sowie sonstige Steuern unberücksichtigt läßt, und die allgemeine Zulassung der Terminwahlen beschlossen. Abgelehnt hatte die Kommission schließlich den Antrag, daß nur eine Zweidrittelmehrheit in beiden Häusern des Landtages eine Abänderung des Wahlgesetzes beschließen könnte.

Für die Plenarberatung des Herrenhauses hatte der Abg. Dr. v. Schorlemer (k.) einen noch weitergehenden Drittelungsantrag eingebracht, wonach Gemeinden bis zu 10000 Einwohnern einen einzigen Drittelungsbezirk, Gemeinden über 10000 bis 30000 Einwohnern zwei Drittelungsbezirke bilden und in größeren Gemeinden für je bis zu 20000 Einwohnern ein neuer Drittelungsbezirk gebildet werden sollte. Dieser Antrag bezweckte, den Freikonservativen und einem Teil der Nationalliberalen die Zustimmung zu dem Wahlgesetzentwurf zu erleichtern, für welche die Drittelungsbeschlüsse der blau-schwarzen Mehrheit des Abgeordnetenhauses unannehmbar waren. Für den Antrag v. Schorlemer trat auch der Ministerpräsident v. Bethmann Hollweg nachdrücklich ein, und derselbe ward denn auch fast einstimmig angenommen, obwohl der Zentrumsredner, Graf Oppersdorf, vor der Annahme dieses Antrages, der nichts andres als eine Ausschaltung des Zentrums und eine Aufhebung der jetzigen Parteikonstellation im Abgeordnetenhaus sei, warnte mit dem deutlichen Hinweis, daß dann „ein großer Aufwand von Arbeit unnütz vertan sei“. Der Kulturträgerparagraf wurde durch Annahme eines Antrages v. Wedel-Piesdorf erweitert, der die Direktoren öffentlicher mehrklassiger Schulen, die im Amt sind oder mindestens 10 Jahre lang im Amte waren, in die nächsthöhere Wählerklasse emporhebt. Im übrigen blieben

die Kommissionsbeschlüsse unverändert. Mit 104 gegen 94 Stimmen (das Herrenhaus zählt zurzeit 317 Mitglieder) wurde schließlich die ganze Vorlage angenommen.

Die Beschlüsse des Herrenhauses haben die ganze Situation völlig verändert. Die Parteikonstellation des Abgeordnetenhauses ist erschüttert und eine neue Mehrheitsbildung unter Ausschaltung des Zentrums nahegebracht. Nicht vom Zentrum mehr hängt es ab, ob die Wahlrechtsvorlage Gesetz wird oder nicht, sondern von den Konservativen, denen die Freikonservativen jetzt sicher sind und die nur weniger liberaler Abgeordneter zur Mehrheitsbildung bedürfen. Die Konservativen haben sich zu entscheiden, ob sie einen neuen allkonservativ-nationalliberalen Block bilden, also dem Zentrum die Bundesgenossenschaft aufkündigen — oder ob sie letzterem Treue halten wollen. Sie haben die Wahl zwischen zwei Majoritäten. Halten sie an ihren früheren Beschlüssen fest, so stellt ihnen das Zentrum eine sichere und größere Majorität; akzeptieren sie die Beschlüsse des Herrenhauses, die ihren reaktionären Wünschen sicherlich weit mehr entsprechen, so kommt zur Not eine knappe Mehrheit mit den Gegnern des Zentrums zustande.

Ausgeschlossen dürfte wohl sein, was die Regierung herbeiwünscht, aufgrund der Herrenhausbeschlüsse einen konservativ-ultramontan-liberalen Großblock zu schaffen, der dem neuen Wahlgesetz eine ansehnliche Mehrheit verbürgt; denn grade der Drittelungsbeschuß des Herrenhauses scheidet Zentrum und Liberalismus wie Feuer und Wasser. Was des einen Brot, ist des andern Tod! Die Zentrumsprelle hat sich bereits beeilt, die Herrenhausbeschlüsse als „unannehmbar“ zu kennzeichnen und jede Verantwortung für das weitere Schicksal der Vorlage abzulehnen. Das Zentrum hat auch alle Ursache, sich jetzt, da es bei dem Wahlrechtsgeschäft seinen Vorteil nicht mehr findet, zurückzuziehen und die Verantwortung andern zu überlassen. Es hat durch seinen schmachlichen Wahlrechtsschacher die Entrüstung der Wählerschaft bereits mehr herausgefordert, als es verantworten kann und tut gut, sich rechtzeitig nach einem andern Sündenbock umzusehen. So dürften ihm die Herrenhausbeschlüsse garnicht unlegen kommen. Es wird sich begnügen, eine Reform gewollt zu haben, die an einflußreicheren, reaktionären Mächten scheiterte. Daß es trotzdem als Partei des Junkerblocks und Wahlrechtsschachers gebrandmarkt bleibt, dafür werden alle ehrlichen Anhänger des Reichstagswahlrechts sorgen.

Nicht leicht wird die Entschließung für die Nationalliberalen sein, ob sie das Zentrum bei den Konservativen ausstechen sollen. Als Köder hat ihnen das Herrenhaus im Einverständnis der Regierung die Gemeindedrittelung hingeworfen; auch der Kulturträgerparagraf befriedigt einige ihrer Wünsche. Dafür sollen sie die Verantwortung für Beibehaltung der Dreiklassenwahl, für das indirekte Wahlsystem und für die öffentliche Abstimmung der Wahlmänner auf sich nehmen, Dinge, die ihnen bei der nächstjährigen Reichstagswahl so teuer zu stehen kommen können, daß sie im Reiche zehnfach verlieren, was sie in Preußen dem Zentrum vielleicht abnehmen können. Denn darüber sind sich die Nationalliberalen längst klar, daß sie ihren Wählern bei weitem nicht bieten dürfen, was das Zentrum sich in seinem gefestigten Besitzstand erlauben darf. Die preußischen Trauben sind also recht sauer für die Liberalen und haben zudem die unangenehme Eigenschaft eines sehr starken Abführmittels.

Was aber die Konservativen angeht, so haben diese eigentlich das allergeringste Interesse an dem Zustandekommen dieser Wahlreform. Nicht sie, — die Regierung hat diese Reform gewollt, — sie sind auch gar keine Anhänger des geheimen Wahlrechts, das sie dem Zentrum anstelle des direkten konzidiert haben. Ihnen wäre am wohlsten, es käme garnichts zustande und alles bliebe beim alten. Das ist zweifellos ihre Grundanschauung, und was die Regierung nach dem Scheitern ihrer Vorlage anfängt oder nicht anfängt, das ist den ostelbischen Junkern höchst schnuppe. In diesem Sinne behandelt Herr v. Heydebrandt auch die Herrenhausbeschlüsse, die Herr v. Bethmann Hollweg herbeigeführt hat. Es hält sie nicht für die geeignete Grundlage, ein Wahlgesetz zustande zu bringen und scheint lieber auf letzteres, als auf seine neuen Blockbrüder, die ihm auch noch zu andern Dingen nützen können, verzichten zu wollen.

Der einzige, der hinter den Herrenhausbeschlüssen steht, ist Herr v. Bethmann Hollweg, der Philosoph auf dem Ministerpräsidentenstuhl.

Ihm genügte die blauschwarze Mehrheit des Abgeordnetenhauses nicht für seine „Reform“. Er wollte das unlösbare Problem eines schwarz-blaugelben Blocks zwingen, um der preußischen Volksbewegung eine respektable bürgerliche kompakte Majorität entgegenzustellen. Er wollte Ruhe vor dem Volke haben. Der Tor vergab, daß die Mumienkammer des Herrenhauses am allerwenigsten geeignet ist, dem Lande ein Wahlgesetz zu geben, das Ruhe im Lande schafft. Schon rücken alle bürgerlichen Parteien von den Herrenhausbeschlüssen ab, die imstande sind, das Wahlrechtskompromiß des Abgeordnetenhauses zu zertrümmern. Jede Partei ist froh, von der Geschichte loszukommen, und der einzige Leidtragende bleibt Herr v. Bethmann Hollweg, der Steuermann des preußischen Staatsschiffes, der dank seiner staatsmännischen Befähigung das letztere zur willenslosen Beute der Parteiwogen werden ließ.

Besser keine Reform im gegenwärtigen Moment, als diese nach den Beschlüssen des preußischen Herrenhauses. — Das ist die Auffassung fast aller Parteien. Auch der Arbeiterklasse kann garnichts daran gelegen sein, die preußische Regierung auf solche Weise von der Erfüllung des Königwortes zu entbinden. Denn nicht nur würde durch eine solche Scheinreform die Wahlrechtsbewegung auf Jahre hinaus lahmgelegt, — derjenige Faktor, dem allein das königliche Versprechen und die allgemeine Überzeugung von der Unhaltbarkeit des gegenwärtigen Zustandes zu danken ist, — sondern die Arbeiterschaft Preußens würde auch noch der wenigen Vertreter beraubt, die sie unter dem gegenwärtigen Wahlsystem ins Abgeordnetenhaus senden konnte. Im Effekt wird also das Wahlrecht verschlechtert, die Entrechtung der weniger bemittelten Wählermassen verstärkt, das Volk im Parlament gänzlich mundtot gemacht. Deshalb kann es den Herrenhausbeschlüssen gegenüber nur eine Parole geben: Fort mit diesem Wahlrechts-Wechselbaß! Lieber keine Reform in diesem Moment, sondern freie Bahn für die preußische Wahlrechtsbewegung!

Die Arbeitermassen dürfen aber ihre Zeit nicht verlieren, ohne den politischen Faktoren im Staate ihre Entrüstung über den Wahlrechtsverrat in unzweideutigster Weise bekundet zu haben und ihre Stimmen erneut für eine wirkliche Wahlreform zu erheben. Der Aufmarsch der Massen, die gleiche Staatsbürgerrechte fordern, muß an Umfang und Geschlossenheit, an Ernst und eindringlicher Wirkung von Tag zu Tag zunehmen. Er muß der Regierung und den beiden Häusern des Landtags begreiflich machen, daß es so nicht länger geht, und daß der gegenwärtige Rechtszustand auch durch die raffiniertesten Täuschungsversuche nicht aufrecht zu erhalten ist. Das preußische Volk darf nicht nachlassen, lauter und immer lauter das gleiche Staatsbürgerrecht für alle zu verlangen — es darf die Regierung und die herrschenden Klassen nicht zur Ruhe des Genießens kommen lassen. Wir wollen dann sehen, wer es am längsten aushält — um den Erfolg ist uns nicht bange! Das freie, gleiche Wahlrecht für Preußen muß kommen — der Damm, der das preußische Volk von der Gesetzgebung abhalten soll, ist bereits unterwühlt. Die Hochflut der Volksbewegung wird mit ihm fertig werden.

Der Außerordentliche (Siebente) Gewerkschaftskongreß zu der Reichsversicherungsordnung.

Der Kongreß, der am 25. und 26. April in Berlin tagte und von 58 Verbänden mit 422 Delegierten besetzt war, die 194 582, also nahezu 2 Millionen freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter vertreten — der A. D. G. V. war durch den Kollegen Josef Busch vertreten —, war anfangs als ein allgemeiner Kongreß aller Gewerkschaftsgruppen geplant. „Da es sich nicht um eine Parteifrage handelt,“ so führte der Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften, Legien, in seiner Eröffnungsrede aus, „sondern um eine Frage, die den allgemeinen Klassenstandpunkt des Arbeiters berührt, so hatte es die Generalkommission für zweckentsprechend gehalten, daß ein allgemeiner Kongreß aller Arbeiter- und Angestelltenorganisationen Deutschlands abgehalten werde.“ Infolgedessen haben wir die Zentralstellen der Christlichen Gewerkschaften, Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine und politischen Berufsvereine befragt, ob sie bereit seien, mit uns gemeinsam einen allgemeinen Kongreß einzuberufen. Die Christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften haben dies

jedoch abgelehnt, weil sie sich bereits verpflichtet hätten, mit der Gesellschaft für soziale Reform zusammen Stellung zur Reichsversicherungsordnung zu nehmen. Diese Gewerkschaften halten es also für angemessener, mit ehemaligen Ministern und Professoren als mit ihren Klassen-genossen zusammen zu tagen. Uns kann das nur recht sein. Dokumentieren diese Organisationen doch dadurch aufs neue ihren wahren Charakter. Die gewerkschaftlichen Organisationen sind und dürfen nur sein rein proletarisch, und bei solcher Angelegenheit, die das Proletariat in seine Gesamtheit berührt, hätten auch die Beratungen einen rein proletarischen Charakter tragen müssen, wenn diese Gewerkschaften nicht ihren Hauptzweck darin sähen, die Arbeiter den bürgerlichen Parteien zuzuführen. Indem sie es ablehnen, mit ihren Klassen-genossen gemeinsam zu tagen und zu beraten, haben sie aufs neue gezeigt, welche Nebenzwecke ihre Vereinigungen verfolgen. Schon 1906 haben sie es abgelehnt, mit uns gemeinsam gegen das Gesetz über die Berufsvereine Stellung zu nehmen, eine Vorlage, die mit gleicher Schärfe, wenn auch in anderer Weise, die Interessen der ganzen Arbeiterschaft berührte. Wir brauchen uns über diese wiederholten Ablehnungen nicht zu kränken. Unsre Repräsentation ist ja schließlich für unsre Zwecke auch ausreichend.“

Die Reichsbehörden waren nicht eingeladen worden, da sie auch frühere Einladungen, angeblich aus Zeitmangel, abgelehnt hatten. Es erübrigt sich dies auch, weil der Regierung die Stellungnahme der Arbeiterschaft genügt bekannt und die Stellung der Regierung bereits im Entwurf festgelegt ist. Desto mehr entsprach es dem Bedürfnis, auf den Reichstag einzuwirken, weshalb sämtliche Reichstagsfraktionen eingeladen wurden, sich vertreten zu lassen. Dem Wunsch ist einzig die sozialdemokratische Reichstagsfraktion gefolgt.

Über die Krankenversicherung erstattete der Genosse G. Bauer-Berlin das Referat, über die Mutterschaftsversicherung Frl. G. Hanna-Berlin, über die Unfallversicherung in Gewerbe und Landwirtschaft R. Wissel-Berlin, über die Seeeinfallversicherung P. Müller-Hamburg, über die Invalidenversicherung J. Timm-München und über die Hinterbliebenenversicherung Fr. Lesche-Hamburg. Die Diskussion bewegte sich im Sinne der erstatteten Referate.

Nachstehend lassen wir die wichtigsten vom Gewerkschaftskongreß angenommenen Resolutionen im Wortlaut folgen. Den Wortlaut der Kundgebung für die ausgesperrten Bauarbeiter finden unsre Leser bereits in der Rundschau Nr. 17 sowie wiederholt in dem in Nr. 78 abgedruckten Aufruf für die Bauarbeiter, auf den wir hiermit nochmals ausdrücklich aufmerksam machen.

Resolution zur Reichsversicherungsordnung.

I. Der außerordentliche (Siebente) Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands hält eine die gesamte arbeitende Bevölkerung umfassende reichsgesetzliche Zwangsversicherung für unumgänglich notwendig. Der dem Reichstag vorliegende Entwurf einer Reichsversicherungsordnung genügt den berechtigten Forderungen nicht.

II. Für die Krankenversicherung bringt der Entwurf zwar einige Verbesserungen (Ausdehnung der Versicherungspflicht, Ansätze zur Zentralisation), aber in durchaus unzureichender Weise. Eine gerechte, die Interessen der Versicherten berücksichtigende Form der Krankenversicherung muß die Dezentralisation der Versicherungsträger beseitigen. Gemeinsame Ortskrankenkassen für die Städte und Bezirkskrankenkassen für die Landgemeinden unter Aufhebung der übrigen Krankenkassenformen, soweit sie sich nicht auf die Gewährung ergänzender Krankenkassenunterstützung beschränken, sind wichtigste Voraussetzungen für eine gänzliche Entwicklung der Krankenversicherung. Die im Entwurf vorgesehene, mit der beabsichtigten Änderung der Beitragszahlung begründete Halbierung des Stimmrechts bedeutet die vollkommene Entrechtung der Versicherten. Die vorgeschlagene Regelung des Kassenbaurechts, der Rechtsbeziehungen der Krankenkassen zu den Ärzten und Apotheken bedarf dringend einer Änderung auf der Basis völliger Vertragsfreiheit beider Teile. Das bisherige Selbstverwaltungsrecht darf nicht verschlechtert, es müssen im Gegenteil die Beugnisse der Aufsichtsbehörden eingeschränkt werden. Der Kongreß fordert:

1. Die Erhöhung der Einkommengrenze für die Versicherungsspflicht auf 5000 Mk.
2. Ausgestaltung der Fürsorge für die Versicherten und ihre Angehörigen, insbesondere Gewährung einer ausreichenden Unterstützung an Schwangere und Wöchnerinnen, Gewährung von Stützgeld (Mutterschaftsversicherung).
3. Einräumung des Rechts an die Krankenkassen, auch auf dem Gebiet der Krankheitsverhütung tätig zu sein, darauf bezügliche Vorschriften zu erlassen und die Durchführung dieser sowie der aufgrund der Gewerbeordnung erlassenen Bestimmungen zu überwachen.
4. Gleichstellung der landwirtschaftlichen, staatlichen, kommunalen und seemannischen Arbeiter, der Dienstboten, Hausgewerbetreibenden usw. mit den gewerblichen Arbeitern.
5. Einheitlichkeit des Rechtsweges, Zuständigkeit des Reichsversicherungsamts als höchste Aufsichts- und Rekursinstanz unter Ausschaltung der Verwaltungsbehörden.
6. Übernahme der Kosten für die Versicherungsbehörden auf das Reich, die Einzelstaaten und Gemeinden.

III. Hinsichtlich der Unfallversicherung erklärt der Gewerkschaftskongreß, daß der neue Entwurf in keiner Weise den zu stellenden Ansprüchen an eine wirksame Unfallversicherung entspricht. Die Ausschaltung zahlreicher Berufs- und Gewerbezeige von der Unfallversicherung entbehrt jeder inneren Berechtigung. Das gleiche gilt auch für den Ausschuß der auf dem Gebiete der öffentlichen Wohlfahrt Tätigen von der

Versicherung. Er wird deshalb die Ausdehnung der Versicherung gefordert:

1. Auf alle gegen Lohn oder Gehalt Beschäftigten ohne Rücksicht auf die Höhe des Lohnes oder Gehaltes.
2. Auf die selbständigen Unternehmer, soweit ihr Einkommen 3000 Mk. nicht übersteigt, unter Gewährung der Versicherungsberechtigung bei einem Einkommen bis zu 5000 Mk.
3. Auf die im Interesse der öffentlichen Wohlfahrt Tätigen.

Der Begriff des Betriebsunfalles ist auf jene Unfälle auszudehnen, die auf dem Wege nach und von der Arbeit eintreten. Gleich den Unfällen sind die Gewerbe- und klimatischen Krankheiten zu entschädigen. Die Träger der Unfallversicherung haben vom Tage des Unfalls an einzutreten. Die Rente hat in voller Höhe den Verletzten, seinen Angehörigen oder Hinterbliebenen ersetzenden Schaden zu ersetzen. Sie ist unter voller Anrechnung des wirklichen Arbeitsjahresverdienstes unter Einhaltung einer Mindestgrenze zu berechnen. Den Versicherten ist sowohl bei Erlaß und bei der Durchführung der zu erweiternden Unfallverhütung, bei der Ermittlung des Unfallherganges und bei der Rentenfestsetzung entscheidende Mitbestimmung durch gewählte Vertreter aus ihren Kreisen einzuräumen. Entschieden wendet sich der Kongreß gegen alle Vorschläge, die eine Verschlechterung der bisherigen Bestimmungen bedeuten.

IV. Auf dem Gebiet der Invalidenversicherung läßt der Entwurf der Reichsversicherungsordnung jeden ernsthaften Fortschritt vermissen. Soll die Invalidenversicherung den Anforderungen der minderbemittelten Volksklassen entsprechen, so ist mindestens zu fordern:

1. Erweiterung des Kreises der versicherungspflichtigen Personen, insbesondere Ausdehnung der Versicherung auf die Klein- und Hausgewerbetreibenden.
2. Erhebliche Steigerung der Rentensätze, Vermehrung der Zahl der Beitragsklassen unter Anrechnung des vollen Jahresarbeitsverdienstes.
3. Anerkennung der Invalidität, wenn der Versicherte in seinem Berufe nicht mehr die Hälfte des Lohnes eines gleichartigen Vollarbeiters zu erwerben vermag; Gewährung der Altersrente bei Vollendung des 65. Lebensjahres; Erleichterung der Aufrechterhaltung der Anwartschaft. Wegen unvollständiger Beitragsleistung der Arbeitgeber dürfen die Renten nicht versagt werden.

4. Gesetzlicher Anspruch der Versicherten und ihrer Angehörigen auf rechtzeitige Einleitung eines Heilverfahrens bei drohender Invalidität; ausreichende Fürsorge für die Angehörigen während des Heilverfahrens für einen Versicherten.

5. Einräumung größerer Anteilnahme der Versicherten an der Verwaltung; Einschränkung des Einflusses der Bürokratie.

Der Kongreß protestiert entschieden gegen das Bestreben, die allgemeine Versicherung erneut durch eine Sonderversicherung der Privatangestellten zu zersplittern.

V. Die nach der Reichsversicherungsordnung geplante Hinterbliebenenversicherung bedarf einer durchgreifenden Ausgestaltung. Der Kongreß fordert:

1. Gewährung der Witwenrente an alle Witwen der Versicherten.
2. Zahlung der Waisenrenten in allen Fällen, ohne Rücksicht auf die Frage der Bedürftigkeit, unter Gleichstellung der unehelichen und ehelichen Kinder.
3. Die Höhe der Rente soll in jedem Falle die Gewähr bieten, daß die Rentenbezieher nicht der öffentlichen Fürsorge anheimfallen.
4. Ausbau der freiwilligen Zusatzversicherung, sodaß sie auch für die Hinterbliebenen nutzbar wird.
5. Gleichstellung der Hinterbliebenen eines Ausländers mit denen der Inländer, und zwar auch dann, wenn ihr Wohnsitz sich im Auslande befindet.

VI. Wahl der Vertreter der Versicherten und der Arbeitgeber in direkter und geheimer Wahl aufgrund des Verhältniswahlsystems. Aktives und passives Wahlrecht für alle Versicherten ohne Unterschied des Geschlechts und der Staatsangehörigkeit.

Resolution über die Erhöhung der Gewerkschaftsbeiträge.

Für den Fall, daß die in dem Entwurf der Reichsversicherungsordnung vorgesehene Halbierung der Beiträge und der Vertretung für die Krankenversicherung Gesetz werden sollte, verpflichten sich die der Generalkommission angeschlossenen Gewerkschaften, dahin zu wirken, daß die Gewerkschaftsbeiträge um denjenigen Betrag erhöht werden, den die Arbeiter infolge der geminderten Beitragszahlung zur Krankenversicherung ersparen. Die dadurch erzielten Mehreinnahmen sollen dazu verwendet werden, den Einfluß, der den Arbeitern innerhalb der Verwaltung der Krankenkassen genommen wird, durch verschärfte gewerkschaftlichen Kampf auf wirtschaftlichem Gebiete zu erweitern, um so den der Arbeiterklasse durch die Reichsversicherungsordnung zugefügten Schaden auszugleichen.

Der Kampf im Baugewerbe und die Gärtnerei.

Die langerhand vorbereiteten Aussperrungen haben begonnen. Arbeiter und Unternehmer stehen sich ziemlich geschlossen gegenüber, und jedenfalls dürfte es kaum sobald zum Friedensschluß, oder besser gesagt, zum Waffenstillstand kommen. Handelt es sich doch hier nicht um Tagesstreitigkeiten, sondern um eine Machfrage, die das Unternehmertum mit brutaler Offenheit gestellt hat, und hängt vom Erfolg, wenn auch nicht grade Sein und Nichtsein, so doch ein groß Teil Kampffähigkeit der Arbeiterorganisationen ab. Wir wollen hier Möglichkeit oder Unmöglichkeit eines engültigen Unternehmertriumfes nicht erörtern. Es wird nie und nimmer den Scharfmachern gelingen, die Arbeiterbewegung niederzuknüeten, dazu ist sie zu fest in den ökonomischen Verhältnissen begründet. Im Gegenteil dürfte diese Aussperrung wieder manchen indifferenten die Augen öffnen, und auch die bereits Organisierten werden wieder aufgerüttelt und befestigt. Die Organisation wird also moralisch sogar noch gestärkt. Diese Aussperrung hat aber eine hohe wirtschaftliche Bedeutung, deren Wirkung sich weit über den Rahmen des Baugewerbes erstreckt. Zunächst sind da die kleinen Unternehmer die Geschädigten. Es werden von ihnen recht viele ins

Gras beißen müssen, und mancher bereit wohl jetzt schon bitter, den großen Scharfmachern Handlangerdienste geleistet zu haben. Die nächsten Leidtragenden sind diejenigen Berufe, die damit beschäftigt werden, den fertigen Bau wohnfähig zu gestalten, wie Maler, Glaser, Tapezierer usw. Endlich aber sind auch wir Gärtner sehr eng an den Ausgang des Kampfes interessiert, weil erstens auch die Landschaftsgärtnerei und die von dieser abhängigen Baumschulen und Handelsbetriebe in Mitleidenschaft gezogen werden, und weil zum andern eine allgemeine Krisis nicht ausgeschlossen ist. Für uns würde das wieder einen hohen Prozentsatz Arbeitslose bedeuten, durch die die Kampfkraft unsrer Organisation immerhin nicht unerheblich geschwächt werden dürfte. Wie steht es nun aber mit etwa einer Sympathieaussperrung seitens der Unternehmer in unserm Berufe? Eine solche, wenigstens in größerem Maßstabe, ist so ziemlich ausgeschlossen, vor allem da, wo unsre Organisation festen Fuß gefaßt hat. Bei den Gärtnern ist es nämlich grade umgekehrt wie bei den Bauunternehmern. Hier würden die Besitzer der großen Betriebe schwer geschädigt, während die kleinen sich wohl auch ohne Gehilfen immerhin eine Zeitlang halten können. Nun aber herrscht bei unsern Arbeitnehmern auch lange nicht die Einigkeit, wie bei den Baulöwen, und endlich fehlt es an der Hauptsache, dem nötigen Geld. Trotzdem wäre es aber doch nicht so ganz ausgeschlossen, daß in dem einen oder andern Ort der Versuch gewagt würde. Wo wir nun eine starke Organisation haben, werden wir den Schlag ohne weiteres nicht nur abwehren, nein, sogar kräftig zurückgeben können. Anders an Orten, wo wir schwach vertreten sind. Hier kann unsre Organisation einen empfindlichen Schlag erhalten. Wie wehren wir ihn ab? Zunächst einmal durch stärkere Agitationsarbeit in den schwachen Bezirken, um unsre Reihen zu stärken. Denn durch kraftvolle Solidarität im ganzen Reichsgebiet und endlich durch Pflege der internationalen Beziehungen, um uns vor ausländischen Streikbrechern zu schützen. Die Hauptsache ist und bleibt eine gute Organisation und eine gefüllte Kasse; dann haben wir keinen Angriff zu fürchten, sondern können uns selbst den Zeitpunkt aussuchen, an dem wir uns bessere Zustände erkämpfen wollen.

R. Ltl.

Der Lohnkampf in Remscheid.

Es kann nicht Aufgabe dieser Zeilen sein, diesen Kampf um Verbesserung unsrer wirtschaftlichen Lage hier ausführlich zu schildern, dafür sind die Ereignisse und Episoden zu zahlreich und verschieden, teils auch nur von örtlichem Interesse, — wir wollen nur versuchen, den Kollegen, die nicht dabei waren, ein Gesamtbild dessen zu geben, was uns als Gewerkschaftler angeht.

War unsre Tarifbewegung vor 4 Jahren, die sich um die Erreichung des 40 Pfg.-Stundenlohnes drehte, im Handumdrehen durch den Abschluß eines korporativen Arbeitsvertrages erledigt, so war es heuer anders, und es traf uns wahrlich nicht leid, einen vierwöchentlichen Streik geführt zu haben, denn Erfolge wie Lehren sind zahlreich, und die Kosten fallen hinsichtlich dieser wirklich nicht ins Gewicht.

Da wir in Remscheid keine Organisation der Handelsgärtner hatten, mußten wir unsre Forderungen den einzelnen Unternehmern zustellen, und verlangten wir von diesen bis zum 26. März Antwort. Vor und während der Ostertage holten wir uns 8 Anerkennungen des neuen Tarifs, davon 3 mündliche. Die übrigen Unternehmer hatten eine Versammlung, wozu man die bösen Bewilliger erst garnicht einlud, und sie beschlossen, mit uns in keinerlei Verhandlungen einzutreten, was man uns auch mitteilte. Am sogenannten 3. Osterfeiertage, den 29. März, erschienen unsre Kollegen um 7 Uhr früh zur Arbeit, erklärten aber, erst dann in Tätigkeit treten zu wollen, wenn die Bewilligung des Tarifs gegeben würde. Darob waren die Prinzipale allerdings baff, das Gewitter traf sie unvorbereitet, und sie lehnten es alle ab, sich durch diesen „Gewaltstreik zwingen“ zu lassen. So trafen denn um 10 Uhr 32 Kollegen auf dem Streikbüro ein. Nun setzte ein Lohnkampf mit aller Schärfe ein, der sich nicht nur im Streikpostenstehen, Abfangen von Arbeitswilligen, Polizeischikanen und Provokationen der Streiker durch Streikbrecher, sondern auch in der örtlichen Tagespresse abspielte. „Generalanzeiger“ und „Remscheider Zeitung“ stellten beiden Parteien ihren Sprechsaal zur bloßen objektiven Aufklärung des Publikums zur Verfügung, während unsre Remscheider Arbeiterzeitung fast täglich den „Herren im Hause“ Hiebe

versetzte, die wohl alle gegessen haben. Hier konnten wir wieder so recht beobachten, daß unser ureigenstes Interesse es erheischt, in der Ausbreitung der Arbeiterpresse uns nicht nur auf Kollegenkreise zu beschränken, sondern deren Einfluß in alle Bevölkerungsschichten zu tragen. Mögen das die Kollegen allerorts beherzigen!

Die Unternehmer, die ziemlich aus dem Häuschen waren, da wir alle Betriebe bis auf Wörner (Friedhof) und Müller (Baumschule) gänzlich stillgelegt hatten, standen ziemlich geschlossen und versuchten durch Rieseninserate in den gelben und andern gärtnerischen Offertenblättern 30 bis 35 Gehilfen zu denselben Bedingungen, die wir verlangten. Gleichfalls wurden die Generalanzeiger der Umgebung zu Gehilfengesuchen benutzt. Doch alle Liebesmühe war vergeblich. Was von Kollegen nicht aufgeklärt genug war, auf diese auffälligen Inserate hereinzufallen, wurde abgefangen und anderwärts untergebracht. Und zur Ehre der gesamten zugereisten Unorganisierten sei es gesagt, daß sie uns dabei keine besonderen Schwierigkeiten gemacht haben. Anders die Streikbrecher bei Wörner und Müller, die sich von ihren Beschützern zu Provokationen der Streikenden gradezu dressieren ließen, aber damit kein Glück hatten. Es wird zwar gesagt, einigen „Eisbrechern“ sei ein gehöriger Denkartel verabreicht worden; aber solches dürfte dann wohl auf das Konto der großen Freundschaft zu setzen sein, die sich diese Elemente bei andern Arbeitern durch ihr schimpfliches Verhalten erwarben.

Als zwei kleine Firmen, Driesen und Bröckland (Herr Bröckland ist christlich organisiert) ihr gegebenes Wort nicht hielten, wurden diese gleichfalls gesperrt, und nun verlangten wir als Anerkennung die Namensunterschrift.

Anfang der zweiten Streikwoche erhielten wir von der größten Firma unsre Forderungen unterschrieben bewilligt; damit erhielt der Unternehmer einen Sprung, der bald größer wurde.

In der dritten Streikwoche folgte die zweitgrößte Firma, in der vierten die dritte. Damit war nicht nur die Einigkeit der Unternehmer erschüttert, sondern auch alle 39 Kollegen waren, bis auf 2, zu den neuen Bedingungen in Arbeit getreten und am Samstag, den 23. April, war somit der Streik beendet.

Durch diesen Kampf sind nicht nur unsre berechtigten Forderungen erreicht (denn auch die Firmen, die nicht bewilligt haben, zahlen den Lohn; sie sträuben sich nur aus alten Vorurteilen gegen die Unterschrift), sondern unsre Kollegen haben auch kämpfen gelernt. Wir haben erfahren, daß wir uns auf eine festgefügte Organisation, wie solche in Remscheid besteht, verlassen können; die läßt sich durch keine Maßnahmen der Unternehmer erschüttern. Hätten die 10 Mann, die heute als Streikbrecher in den beiden obengenannten Firmen arbeiten, auch mit uns an einem Strang gezogen, dann wäre uns der Erfolg schneller beschieden worden.

Einen recht großen Einfluß soll neben Koene mann auch Arends-Ronsdorf auf die Remscheider Unternehmer ausgeübt haben. Arends ist der Obmann der zuständigen Gruppe des Verbandes der Handelsgärtner, und das erklärt alles. Die Weltfirmen Arends und Pfeiffer in Ronsdorf haben außerdem auch alle persönliche Ursache, die Löhne in ihrer Nachbarstadt Remscheid nicht hochkommen zu lassen, denn dann ist's mit ihren Wochenlöhnen von 17 und 18 Mk. ohne alles auch bald Schluß.

So sehen wir jetzt nach dem Streik durch das zähe Zusammenhalten unsrer Kollegen einen fast vollen Erfolg. Auch unsre Organisation geht sowohl nach außen wie nach innen aus der Aktion gestärkt hervor, dank der Zuweisungen Unorganisierter durch die Unternehmerinserate.

Remscheid ist ein Ort, wo man uns auch zu ungünstiger Zeit die Erfolge nicht streitig machen wird; wir werden da jederzeit gerüstet sein. Darum, Kollegen allerorts: Folgt diesem Beispiel! Wir haben in den meisten Fällen nichts zu verlieren als Schund- und Jammerlöhne, aber wir können vieles gewinnen. Der Kampf ist aus, — es lebe der Kampf!

Link.

Natur und Kultur.

Natur und Kultur haben seit jeher miteinander im Widerstreit gestanden. Das heißt, wenn und wo es sich um Kultur handelt, die an Außerlichkeiten klebt, die sich wesentlich in Außerlichkeiten erschöpft. Und die offizielle Kultur der heutigen Zeit ist leider solche, die nahezu alles auf die äußere Form setzt: Höflich soll man sein, wo man allen Grund hätte, mit rücksichtsloser Grobheit und Derbheit dreinzuhauen. Mit Geschmeidigkeit soll man sich durchschlängeln, wo

einem die Gewissenhaftigkeit und Ehrlichkeit gebietet, das Gelichter einfach rechts und links beiseite zu stoßen und seiner Sache den graden Weg zu bahnen. Nur keine so scharfen Worte wählen, die einen erbärmlichen und empörenden Zustand auch wirklich als erbärmlich und empörend bezeichnen. Kochender Zorn und lodender Haß sind Gefühle, die einer, der zur unterdrückten Klasse gehört, oder der sich dieser unterdrückten Klasse annimmt und ihre Leiden damit zeichnen will, um damit den Unterdrückten ins Gewissen zu reden und das Volksgewissen dagegen aufzurufen, heute nicht mehr die Zügel schießen lassen darf, will er sich nicht dem Vorwurf aussetzen, er sei ein roher, ungebildeter Mensch. Und im preußischen Abgeordnetenhaus schafft man noch besondere Hausknechtsparagrafen gegen derartige „Rohlinge“, die durch ihre ungehobelten Worte „die Würde des Hohen Hauses verletzen“.

Jaja, wir sind eben Kulturmenschen. Und unsre Kultur ist die Kultur von Außerlichkeiten. Wenn nur nach außenhin alles hübsch und gefällig erscheint, wies im Innern aussieht, das ist Nebensache.

Und so ist unsre vielgepriesene Kultur in Wirklichkeit ein Zustand der Heuchelei und der Lüge. Vor allem unsre norddeutsche.

Wie ganz anders ist es da doch noch im Süden! in Württemberg und Bayern zum Beispiel, und unser gutes Österreich nicht zu vergessen. Welche Herzerquickung, wenn wir zum Beispiel die Bauerngestalten eines Ludwig Thoma donnern und wettern hören. Und wie geht es im Reichsrat zu Wien, wie geht es im österreichischen Abgeordnetenhaus zu im Vergleich zu den Vorgängen im preußischen Junkerparlament, in dessen Karpfenreich das preußische Proletariat bei der letzten Wahl ein kleines halbes Dutzend sozialdemokratischer Hechte gesetzt hat. Nur Worte, Worte des Zornes allerdings und des mehr als berechtigten Zornes, nur eines ach zu schwachen Abglanzes jenes Zornes, der im entrechteten Volke lodert, nur schwache Zornesworte beleidigten die „kultivierten“ Junkerhören, die sonst allerdings nur gewohnt sind, solche und noch viel robustere aus den eigenen Mündern zu hören, — wenn sie ihre Gutsarbeiter vor sich haben; und da mußte gleich die Geschäftsordnung des „Hohen Hauses“ verschärft werden, und sollen nun künftighin Übeltäter des Wortes, „Unkultivierte“ der Sprache vom Hausknecht hinausgeworfen und bis auf zwölf Tage von den Sitzungen des Parlaments ausgeschlossen werden. Jawohl, das preußische Abgeordnetenhaus weiß, was es der Talmi-Kultur schuldig ist. — In Österreich wirft man sich mit Puldeckeln und rauf sich manchmal wie in einem Wirtshaus, und doch findet man sowas ganz in der Ordnung. Da toben sich die Leidenschaften frei aus. Da gibt man sich natürlich und läßt natürlich gewähren. Da besteht ein Einklang zwischen dem Innern und dem Äußern. Und das ist ein weit erfreulicherer Zustand, eben weil er natürlich und darum wahrhaftig ist.

Um aber nicht mißverstanden zu werden: Ich rede nicht der Roheit und Ungeschliffenheit das Wort. Aber mir ist es ein erfreulicherer Zustand, daß die Leidenschaften sich nach außen ungebändigt geben, während im Innern ein warmes, sozial empfindendes Herz schlägt, als daß es umgekehrt ist, wie wirs so für die Regel leider beobachten müssen. — Wer im öffentlichen Leben steht und häufig als Kämpfer das Wort oder die Feder führen muß, empfindet es wohl, gleich mir, meist weniger schmerzlich, daß ihm zu wenig Außenkultur zugeführt wurde, als vielmehr, daß ihm da schon allzuviel anhaftet. Oft genug sollte man noch viel größer und derber sein als man faktisch ist, weil das die Dinge, die man zu kennzeichnen hat, genauer trafe. Ehrliche Derbheit und Grobheit befreien vom Druck und reinigen die Luft, schaffen Klarheit hüben und drüben. (Das geht auch an die Adresse des Herrn Rusticanus, der sich im neuesten „Handelsgärtner“ so gar köstlich entrüstet über das „tiefe sittliche Niveau der Allg. D. Gtzg.“) Der geschneigte und gebügelte Höflichkeitsphrasendrusch aber verdeckt meist Herzens- und Gefühlsroheit. Und darum machts mir immer so hohe Freude, ists mir ein Labsal, wenn ich unsre süddeutschen Brüder so herzhaltig sich austoben höre, selbst, wenn sie dabei ihrer Natur ganz ungezügelt freien Lauf lassen.

Natur und wirkliche Kultur können niemals Gegensätze sein. Die Kultur kommt immer nur dort mit der Natur in Konflikt, wo sie Talmi-kultur ist, wo eine gefällige äußere Form das Häßliche des Herzens zu verdecken berufen wird.

—cht.

Süddeutsches.

„Na, was hast du denn da wieder verbrochen?“
 „Einschreibebrief aus Stuttgart an die Redaktion.“
 Aus Stuttgart? Richtig! Ich lese den Aufdruck:
 „Ernst Schneck, Fellbach bei Stuttgart, Handels-
 gärtneri und Baumschulen.“ Sieh doch einer da,
 derselbe, der mir vor einigen Tagen „seinen Rechts-
 anwalt“ androhte. Ich öffne und lese und lese und
 lese. Anfangs ziemlich langweilig, aber dann kommt's
 nachgrade, und meine Stimmung hebt sich. Aber
 natürlich, doch natürlich drucken wir sowas ab, ohne
 alle Kürzung und ganz nach dem Original. Das Wort
 hat also Herr Ernst Schneck, Handelsgärtneri und
 Baumschulen in Fellbach (Württ.). Bitte, Herr
 Schneck!

„Fellbach, den 4/V/1910

Geehrte Redaktion!

Ich ersuche Sie höflichst folgenden Artikel in
 der Allgemeinen Deutschen Gärtnerzeitung zu
 bringen (Geschieht hiermit, Herr Schneck. D. Red.).

Auf den Artikel vom 9. April No. 15 erwiedere
 ich folgendes, Karl Dinger Gärtnergehilfe geb. zu
 Augsburg, wahr überm Winter bei mir beschäftigt,
 er schreibt in dem Artikel vom 9 April ich sei ein
 grober Mensch, als er gekündigt habe ging bei mir
 die Schimpferei los; das ist eine Lüge; Ich habe
 nur wegen seinen frechen Ausdrücken geschimpft,
 weil er meine Frau beleidigt hat; er sagte z. B.
 Meine Frau sei bloß Kellnerin gewesen, vor denen
 habe er gar keinen Respekt, sie sei ja bloß ein
 Bauernmädle er möchte Sie nur ins Gesicht hinein-
 schlagen es würde bloß 3 Mark kosten u. so. w.
 auf diese Beleidigung habe ich in der Aufregung
 die Schimpfworte gebraucht die er er-
 wähnte aber nicht wegen der Kündigung; Ich
 sagte sogar selbst zu ihm, wenn er meine Frau
 nicht beleidigt hätte, und bloß gekündigt, so hätte
 kein Mensch was wollen von ihm, im Gegenteil
 war es mir recht daß ich sein mißerables Ge-
 schäft nicht mehr ansehen durfte. Was Wohnung
 anbelangt ist das ein ganz schönes Zimmer, natür-
 lich wie sich der anspruchsvolle Herr geäußert hat,
 von einem Sofa u Schreibpult, das werden viele
 Tausende Gehilfen nicht haben, das darf er nicht
 bei einem Gemübegärtner auf dem Land suchen,
 wenn ihm das Zimmer nicht gefallen hat, so dürfte
 er nur mein Geschäft wider verlassen; das Zimmer
 wurde regelmäßig gereinigt natürlich jeden
 Tag wird es niman verlangen von mir weil ich
 noch mehr zu arbeiten habe. Wegen unver-
 schließbaren Schrank möchte ich mitteilen, daß
 der Schlüssel vorhanden war jedenfalls hat er
 selbst den Schlüssel verschlambert, wie noch mehr
 Sachen oder soll ich alle 14 Tage einen Schlüssel
 kaufen für den Herrn? Was Waschgelegenheit
 anbetrifft, so ist zum Waschen Gelegenheit ge-
 nügend geboten, es ist kalt und warmes
 Wasser in den Gewächshäuser es hat sich
 bei mir noch jeder Gehilfe im Vorhaus ge-
 waschen und wahr zufrieden. Handtücher
 liefere ich keine fürs Personal, weil ich in
 meinen Stellen auch keine geliefert be-
 kam, und wen er sich nicht ein Handtuch
 erschwingen kann, so wäscht er sich wohl
 mit dem Rotzlappen. Es ist das heutzutage der
 Dank, wenn ich dem anspruchsvollen Menschen
 sein faules träges schlambriiges Geschäft still-
 schweigend angesehen habe, er hat 3 Wochen vor
 der Kündigung, mit Absicht, faul mißerabel ge-
 arbeitet, daß ich ihm kündigen soll, aber erfolglos,
 wenn er so reinlich gewesen wäre wie anspruchs-
 voll so wäre er Montags früh auch mit gereinigte
 oder geflickte Kleider, oder mit gewaschene Stiefel
 an die Arbeit gegangen nicht mit Dreck über-
 zogene Stiefel, oder zerrissene Hosen, daß ihm
 3 Wochen das sogenannte Schäferlämple heraus-
 hing Schuhe oder Stiefel waren so schlecht, daß
 ers bei Wegzug ins Feuer geworfen hat ich mußte
 mich oft selbst schämen, wie er oft bei mir im
 Geschäft gestanden ist Wen ich mit dem Herrn
 anspruchsvollen reinlichen Gehilfen noch einmal
 zu schaffen hätte, so würde ich ihn nach einer
 solchen Beleidigung sofort fürs Geschäft hinaus-
 stellen. Bei mir kann ein jeder Gehilfe, wen er
 halbwegs fleißig ist Gut. auskommen, weil ich auch
 in der Fremde wahr, und was mir nicht gefallen
 hat, verlange ich von meinen Arbeitern auch nicht,
 und es heißt: Wie man in Wald hineinschreit so
 hahl't es wieder heraus.

Ernst Schneck

Ich bitte diesen Artikel in der nächsten Nummer
 zu bringen, und mir selbst eine Nummer über-
 senden zu wollen.

Achtungsvoll

Ernst Schneck."

So! Sie werden nun gewiß mit uns zufrieden
 sein, Herr Schneck. Wir tun noch ein übriges
 und werden Ihnen sogar zwei Belegexemplare

dieser Nummer senden. Aber unsere Leser wissen
 jedenfalls kaum noch, wogegen Sie sich so eifrig
 wenden; darum sei jener Korrespondenzbericht aus
 Nr. 15 hier wiederholt. Wir schrieben da, was
 folgt:

„Über die Firma Ernst Schneck, Gemüsegärt-
 nerei in Fellbach bei Stuttgart, wird uns eine
 Schilderung zugesandt, der wir das folgende ent-
 nehmen: Herr Schneck ist ein ziemlich grober
 Mensch. Als ich gekündigt hatte, ging z. B. das
 Geschimpfe in folgender Entladung los: Lausbub,
 Zigeuner, Rotzlöffel, Koffer dreckiger,
 Bürschle liederliches, Aff und so weiter.
 Daß ich mir dies nicht ruhig gefallen ließ, wird
 man erklärlich finden. Am Ende ging Herr Sch-
 neck mit der Gabel auf mich los; nur durch zwei-
 maliges Abspringen vom Wagen konnte ich mich
 vor einem Unglück retten.

Über die Gehilfenwohnung wird berichtet: Die
 Bude befindet sich unterhalb des obersten Gipfels
 zuerst. Zehn Treppen (soll wohl heißen: Stufen.
 D. Red.) hinauf, dann durch ein Loch geschlüpft
 und dann wieder 2 bis 4 Treppen (Stufen) hinunter,
 so gelangt man endlich in dieses Heim, das von
 Schmutz starrt. Die Möbelleinrichtung besteht aus
 Bett, Stuhl, unverschließbarem Schrank und einem
 alten Kinderwagen. Raum zum Bewegen ist nicht
 vorhanden. Das Bett steht so unter der Dachwand,
 daß man sich darin nicht aufrichten darf, will man
 nicht die Schädeldecke einrennen. Waschgelegen-
 heit gibt's im Pterdestall. Wenn im Garten kein
 Wasserhahn läuft, dann spuckt man sich in die
 Hände und reibt sich mit dieser Flüssigkeit ab. —
 Da unser Gewährsmann schreibt, daß auch kein
 Handtuch geliefert wird, so ist wohl anzunehmen,
 daß jeder seinen Rotzlappen (zu hochdeutsch
 Taschentuch, süddeutsch Sacktuch) als Handtuch
 verwenden muß. Soll man wohl möglich halten,
 daß noch derart unkultivierte Zustände bestehen
 können?“ —

„Die Schimpfworte habe ich gebraucht,“ sagt
 Herr Schneck. Und den andern Beschuldigungen
 widerstreitet er nicht; er gibt uns dafür nur Erklä-
 rungen, und die befriedigen uns selbstverständlich.
 Am erbaulichsten ist aber doch die Schimpferei:
 echt süddeutsche Naturlaute. Bleiben Sie so,
 lieber Herr! Natur und Kultur stehen bei Ihnen
 wenigstens im Gleichgewicht.

Mißstände auf Berliner Friedhöfen.

Wenn wir von „Berliner“ Friedhöfen sprechen,
 so meinen wir damit die im Bereiche von Groß-
 Berlin, d. h. von Berlin mit seinen Vororten, ge-
 legenen Friedhöfe. In Nummer 18 unsrer Zeitung
 haben wir Lohn- und Arbeitsverhältnisse auf diesen
 Friedhöfen einer allgemeinen Kritik unterzogen.
 Heute wollen wir besondere Mißstände auf Rix-
 dorfer Friedhöfen aufdecken.

Zunächst wieder die Entlohnung. Auf dem
 Thomasfriedhof gehen die Sommerarbeiter mit
 21,31 Mk. Wochenlohn, nach Abzug von Kranken-
 und Invalidengeld, nachhause. Davon kann natür-
 lich eine Familie nicht leben, und so muß dann
 die Frau mitarbeiten, außerdem müssen Schlaf-
 burschen gehalten werden, um das Geld für die
 Miete und Nahrungsmittel aufbringen zu können.
 Wie dann das Familienleben aussieht, wenn Mann
 und Frau tagsüber in Lohnarbeit fronden, kann
 sich jeder ausmalen. Eine richtige Kindererziehung
 ist ein Ding der Unmöglichkeit. Aber was schert
 dies die Kirche; ihr genügt es, wenn jeden Sonntag
 ihre Vertreter in salbungsvollem Tone das Wort
 von der Menschen- und Nächstenliebe predigen.
 Ihre Arbeiter können dabei darben und sich damit
 trösten, daß es ihnen, wenn sie tot sind, vielleicht
 desto besser geht.

Auf dem Lukas-Friedhof soll der Tagelohn
 nach 10jähriger Tätigkeit 4 Mk. betragen. Trotzdem
 wird ein Kollege, der 11 Jahre dort beschäftigt ist,
 mit 3,75 Mk. entlohnt; desgleichen ein Kollege mit
 8jähriger Tätigkeit mit 3,75 Mk. Noch schlimmer
 ist es auf dem Neuen Jakobi-Friedhof. Dort
 erhält ein Kollege nach 23jähriger Tätigkeit nur
 3,75 Mk.

Nun zur Waschgelegenheit. Diese fehlt auf
 dem Emmaus-, Thomas- und Alten Jakobi-
 Friedhof. Welche Folgen daraus entstehen
 können, haben wir früher schon geschildert. Nach
 unsern Schilderungen vom vorigen Jahre ist auch
 sofort das Berliner Polizeipräsidium eingeschritten
 und hat auf dem einen Friedhofe für Abhilfe gesorgt.
 Wir glauben, das nun auch in Rixdorf erwarten zu
 können. Auf dem Alten Jakobi-Friedhof fehlt auch
 der Aufenthaltsraum, der dem Arbeiter Unterkunft
 geben soll, wenn er in den Pausen sein Essen
 verzehren will, ebenso ihm Gelegenheit zum Kleider-
 wechsel gibt. Allerdings darf es kein Aufenthalts-
 raum sein, wie auf dem Neuen Jakobi-Friedhof, wo

Ratten und Mäuse über das mitgebrachte
 Essen der Gärtner und Arbeiter hinweg-
 laufen. In diesem Aufenthaltsraum, ebenso in dem
 der Emmaus-Gemeinde, hängen auch wiederholt die
 Leichen-(Senk-)Tücher. Diese sind, namentlich im
 Sommer, oft angeschlossen und verpestet durch
 ihren Geruch den ganzen Raum. Auch können
 leicht Krankheiten übertragen werden, da im Sommer
 sich die Fliegen an den schmutzigen Tüchern
 sammeln. Daß hier überall, bei einigermaßen gutem
 Willen der betreffenden Verwaltungen, leicht ge-
 bessert werden kann, ersehen wir aus den Verhält-
 nissen bei andern Friedhöfen. Schreiber dieses
 sah vor kurzem den Aufenthaltsraum der Arbeiter
 des Unteren Marien- und Nicolai-Friedhofes in
 Berlin, Prenzlauer Allee. Dort ist ein luftiger Raum
 mit der richtigen Wasch- und Sitzgelegenheit vor-
 handen. Jeder Arbeiter hat ein verschließbares
 Spindchen, das in seinem oberen Teile ein Gefach
 für Eßwaren enthält. Die Tür ist in diesem Teil
 durchlocht, um der Luft Zutritt in das Gefach zu
 gewähren.

Die Senktücher könnten überhaupt von den
 Friedhöfen verschwinden, da ohne diese die Ein-
 senkung der Särge durch einen mechanischen Senk-
 apparat von nur 1 bis 2 Arbeitern bewerkstelligt
 werden kann.

In einer späteren Nummer werden wir von
 andern Friedhöfen die dort vorhandenen Mißstände,
 und diese bestehen überall reichlich, schildern.
 Wir hoffen, daß unsre dauernde Kritik dann bald
 Änderung schafft. Unsre Kritik wird dann dazu
 beitragen, auch den Kollegen auf den Friedhöfen,
 den Gärtnern sowohl als auch den Friedhofs-
 arbeitern, bessere, menschenwürdigere Verhältnisse
 zu schaffen. Walter Kwasnik, Berlin.

Der Kampf in Bremen.

Der Streik in Bremen dauert nun schon sechs
 Wochen, und noch ist kein Ende abzusehen. Unsre
 Kollegen harren mit bewundernswerter Einmütig-
 keit im Kampf aus, was um so bedeutungsvoller ist,
 da fast die Hälfte derselben Familienväter sind.
 Ausgezeichnet versehen die Kollegen ihren Streik-
 postendienst, was natürlich die Wut der Unter-
 nehmer reizt; sie regen sich auf über den
 angeblichen „Terroismus“, der von uns geübt wird.
 Sie bedenken aber nicht, daß sie einen viel schlim-
 meren Terror ausüben. Die Arbeitgeber, die be-
 willigt haben, sind von ihnen boykottiert, sie
 erhalten keine Pflanzen und sonstiges Material.
 In letzter Zeit haben einige Unternehmer bewilligt
 mit der Bedingung, daß sie nicht veröffentlicht
 werden. Einige Unternehmer erklären, sie würden
 bewilligen, aber sie sind von gewissen Scharfmachern
 abhängig und gefährden durch die Bewilligung
 ihre Existenz! Nach allem diesem ist es für die
 Unternehmer besser, sie schweigen über Terro-
 rismus.

Es kommt in Bremen den Unternehmern we-
 niger darauf an, die Forderungen abzulehnen,
 sondern sie möchten unsre Organisation vernichten,
 und dann Ruhe zu haben. Die Unternehmer haben
 erkannt, daß unsre Kollegen sich nicht, wie
 früher, nur auf kurze Zeit der Organisation ange-
 schlossen haben, sondern sie als dauernden Rück-
 halt benutzen. Darum wollen sie jetzt diese Kraft-
 probe. Aber ihr Ziel erreichen sie nicht; das steht
 heute schon fest. Durch einen solchen Kampf wird
 unsern Kollegen erst recht die Notwendigkeit und
 Unentbehrlichkeit der Organisation beigebracht.
 Das haben wir 1905 durch den fünfwöchentlichen
 Kampf in Hamburg erfahren.

Die Zeiten von vor 1904 sind für Bremen end-
 gültig vorüber. —

Interessant ist in Bremen die Feststellung, daß
 es nicht nur bei den Arbeitern „Hetzer“ gibt, son-
 dern auch bei den Unternehmern. Wir werden
 später hier unsre Erfahrungen mitteilen. Der
 Hauptscharfmacher ist ein Unternehmer, der auf
 dem Geldbeutel sitzt und vom Kampf selbst we-
 niger betroffen wird.

Das „Handelsblatt“ schreibt, daß die Bremer
 mit genügenden und guten Arbeitskräften versehen
 sind. Würde die Redaktion des „Handelsblatt“ sich
 selbst überzeugt haben, dann hätte sie das nicht
 geschrieben. Man muß gesehen haben, wie sich
 die Bremer Unternehmer mit unsern Streikposten
 um zugereiste Kollegen gerissen, man muß gesehen
 haben, wie die Unternehmer sich nicht schämen,
 sich Arbeitskräfte aus dem Arbeitshaus zu holen!
 Aber der Wunsch ist wohl hier der Vater des Ge-
 dankens gewesen, ähnlich wie beim Berichterstatter
 über die Tarifbewegung der Hamburger Land-
 schaftsgärtneri, mit dem wir uns auch noch be-
 beschäftigen werden, wenns einem auch leidtut um
 den alten Herrn.

Zu den neuen Bedingungen arbeiten in Bremen in 21 Firmen (darunter die größte Firma am Orte) 103 Kollegen.

Alle Einigungsbestrebungen wurden von den Unternehmern zurückgewiesen, obwohl solche viermal versucht worden sind, womit wiederum bewiesen ist, daß nur der „Allgem. Deutsche Gärtner-Verein“ den — Kampf will.

Jetzt greifen die Unternehmer zu dem Mittel der Verleumdung und Unwahrheit. Sie veröffentlichen in einer Riesen-Annonce u. a.:

„Es gilt zu zeigen, daß wir nicht gewillt sind, uns der sozialdemokratischen Willkür zu unterwerfen.“

Jetzt können sie sich der Kundschaft gegenüber nicht anders retten, als daß sie den roten Lappen schwenken. Während der ganzen sechs-wöchentlichen Bewegung ist kein Wort von Sozialdemokratie gefallen. Es handelt sich für uns einzig darum, die Lage zu verbessern. Dies haben die Arbeitgeber auch selbst anerkannt. Wir fragen Herrn Bauer, den Vorsitzenden der Bremischen Handelsgärtner-Vereinigung: Haben Sie das erste, so höfliche Schreiben, wo Sie doch so stolz drauf sind, das an die Lohnkommission gerichtet war, vergessen? Haben Sie damals geheuchelt? Oder heucheln Sie jetzt in der Annonce? Eins ist nur möglich. Nennt man diese Kampfweise auch noch ehrlich und anständig? J. B.

Korrespondenzen.

Berlin. Orchideen-Ausstellung. Die Orchideen-Sektion des „Vereins zur Beförderung des Gartenbaues in den Königlich Preussischen Staaten“ veranstaltet am Donnerstag, den 19., und Freitag, den 20. Mai in den Festsälen des Preussischen Abgeordneten-Hauses, Berlin, Prinz-Albrechtstraße 5, eine „Große Orchideen-Ausstellung“. Nach den bis jetzt schon vorliegenden Anmeldungen verspricht diese Ausstellung eine äußerst interessante zu werden.

Schweinfurt i. Bayern. Arge Mißstände herrschen noch in den hiesigen Gärtnereien. Verschiedene Firmen beschäftigen 2 und 3 Lehrlinge und dabei nicht einen Gehilfen. Insgesamt sind hier 12 bis 15 Gehilfen tätig; diese erhalten Monatslöhne von 18 bis 30 Mark und stehen im Kost- und Logiszwang, wobei denn auch garnicht verwunderlich, daß ihre tägliche Arbeitszeit 11 bis 13 Stunden beträgt. Wie rückständig diese selben Kollegen noch sind, erkennt man ziemlich klar aus den Antworten, die man erhält, wenn man sie zum Beitritt in die Organisation auffordert: „Es kost' zuviel;“ „Wir verpuffen lieber das Geld, was Beitrag kost.“ Eine wirklich bedauerliche Geistesverfassung! Aber den Unternehmern ist das grade recht. Wer sein Elend im Alkohol ersäuft, der wird zwar gelegentlich mal etwas ausfällig, sonst aber läßt er sich geduldig schinden und ausbeuten. — Kollegen, die das Unwürdige ihrer Lage empfinden und den Willen haben, sich durch kollegialen Zusammenschluß daraus zu befreien, finden Anschluß im Lokale „Erholung“, Bahnhofstraße; dortselbst treffen sie auch organisierte Kollegen.

J. L.

Travemünde - Lübeck. Travemünde, der fashionable Badeort und besonders bekannt durch die alljährlich stattfindenden Kiel-Travemünder Regatten, beherbergt während der der Bade-Hochsaison vorangehenden kurzen Spanne Zeit auch diverse Gärtner, deren Existenzbedingungen in umgekehrtem Verhältnis zu dem besonders aufstrebenden modernen Badeorte stehen. Als besonders rückständig sei heute nur die Gärtnerei von Ahrens, Badegarten 7, genannt. Ahrens beschäftigt bei äußerst häufigem Wechsel vorwiegend ganz junge Gehilfen, zumteil in und zumteil außer Station. Läßt schon die Station zu wünschen übrig, dann erstreckt der horrende Lohn, den Herr Ahrens zahlt. Man bedenke: in einem modernen Badeorte, wo alles enorm teuer ist, wo man für ein einfaches Mittagessen mindestens 80 Pfg. bis 1,20 Mk. bezahlen muß, und wo für ein einfach möbliertes Zimmer 4, 6 und 10 Mk. pro Woche verlangt werden, bezahlt Herr Ahrens ganze 60 und 65 Mk. pro Monat, bei freier Station 30 bis 35 Mk. pro Monat. Und das ungeachtet dessen, als es Herr Ahrens ausgezeichnet versteht, für seine Erzeugnisse und Gartenprodukte vom zahlungsfähigen Badepublikum die in Badeorten üblichen „fashionablen“ Preise zu nehmen. Es ist für derartige Ausbeuter um so leichter, solche, jeder modernen Entwicklung hohn-

sprechenden Zustände aufrecht zu erhalten, als sich grade unter den jüngeren Gehilfen, die sich nach diesem vom sonstigen Verkehr isolierten Badeorte verlieren, nur selten Organisierte oder in der Organisation derartig Gefestigte befinden, daß sie gegen derartig rückständige Zustände Sturm laufen. Um so erfreulicher ist es, berichten zu können, daß es uns in diesem Frühjahr gelungen ist, dort eine größere Anzahl Kollegen für die Organisation zu gewinnen.

Daß es immer noch Gehilfen gibt, die selbst dann, wenn alle in ihrer Umgebung für ein gemeinsames höheres Ziel sich begeistern und entflammt werden von dem Gedanken, das möglichste zum gemeinsamen Fortschritt mit beizutragen, aus gemeinen, habstüchtigen und egoistischen Trieben sich dieser Gemeinschaft fernhalten und nur an deren Erfolge teilnehmen wollen, ist eins der dunkelsten Kapitel aus der Geschichte der freigewerkschaftlichen Gärtnerbewegung. So haben wir auch bei der obengenannten Firma einen Gehilfen, der zu dieser Kategorie von Auchkollegen zählt. Auf alle Vorstellungen erklärte dieser nur lakonisch: „Wenn ich Mitglied werde, muß ich alle 14 Tage 1 Mk. bezahlen; dafür kann ich mir schon zwei Brote kooften.“ Eine derartige Antwort charakterisiert die ganze niedrige und kurzsichtige Denkungsweise solcher Indifferenten, die sich nicht aufklären lassen wollen. Da es ihm in Travemünde nun noch ungeheuerlicher vorkommt als in Wandsbek, von wo er vor ein paar Wochen kam, so beschloß er, Travemüdes Staub von seinen Füßen zu schütteln und als Nichtmitglied des A. D. G. V. bei der Firma M. Rieken in Wandsbek in Stellung zu gehen.

Von solchen rückständigen Elementen läßt sich unsere Organisation natürlich nicht aufhalten, und da wir beabsichtigen, einen Distrikt für die Ostseebäder Travemünde, Brothen, Niendorf, Timmendorf, Schornbütz, Hafkrug und Hemelsdorf zu errichten, seien alle Kollegen auf die am 21. Mai 1910 in Travemünde in Dortmunds Restaurant, Torstraße, stattfindenden Versammlung aufmerksam gemacht und eingeladen. Auskünfte hierüber erteilt Peter Mauermann in Travemünde, Kaiser-Allee. -dt., Lbk.

Ausland.

Paris. Ein vierstündiger Streik hat stattgefunden unter den auf dem Pariser Friedhofe Père-Lachaise beschäftigten Gärtnern, 40 an der Zahl. Alle Forderungen der Kollegen wurden bewilligt. Dieselben verlangten 7 Franken = 5,60 Mark pro Tag Minimum, einen wöchentlichen Ruhetag durch Abwechslung, soweit möglich, Unterstellung unter das Unfallversicherungsgesetz, und der Arbeitstag soll mit dem Öffnen des Friedhofes beginnen und mit dem Schließen desselben endigen, darf aber 10 Stunden nicht überschreiten, und ferner sollen Überstunden möglichst vermieden werden.

Die Arbeitgeber zeigten sich bei den vorausgegangenen Unterhandlungen sehr hartnäckig und drohten den Delegierten. Sie besannen sich jedoch nach Ausbruch des Streikes anders. So ist der Konflikt schnell und günstig für die Kollegen beendet worden. — Zu bemerken ist noch, daß die Kollegen seit der großen Bewegung 1906 der Organisation den Rücken gekehrt hatten. Damals hatten sie ihre Löhne auf 6 Franken = 4,80 Mark gebracht. Nun haben aber in den meisten andern Friedhöfen die Kollegen seit der Bewegung 1908 bereits 7 Franken. Da haben nun die auf dem Père-Lachaise eingesehen, daß sie das auch verdienen. So wurde diese Sektion des Verbandes wieder hergestellt. Mögen sie nun nicht wieder auf ihren errungenen Lorbeeren einschlafen Wilhelm Kömel.

Paris. Halbjahrsbericht des Vereins ausländischer Gärtner von Sceaux und Umgebung bei Paris. Der Verein hat das Bestreben, Gärtner aller Nationen zu vereinigen, und diese in ihren Fachkenntnissen zu fördern. Dies wird durch Vorträge an den Versammlungsabenden erreicht. Der Vorstand wird alle Halbjahr neu gewählt. Die üblichen Versammlungen finden jeden Samstag, abends 9 Uhr, im Vereinslokal in Sceaux (Seine) 6, Rue Houdan 6, statt, wozu Mitglieder und Gäste herzlich willkommen geheßen sind. An diese Adresse sind auch alle Korrespondenzen usw. zu richten. Kollegen, die über hiesige Verhältnisse Auskunft erfahren wollen, wird solche bereitwilligst erteilt. Anfragen sind stets mit Rückporto zu belegen.

Prag. Auf dem neuen Judenfriedhof in Prag haben alle beschäftigten 10 Gehilfen die Arbeit niedergelegt. Der Friedhofsgärtner Kluge sucht

durch Inserate Streikbrecher. Falle keiner unsern streikenden tschechischen Kollegen in den Rücken. Zuzug ist fernzuhalten. L. Haucke.

Allgem. Deutscher Gärtnerverein.

Berlin N.37, Metzger Straße 3. Fernsprecher Amt 3, 5382.

Vorsitzender Josef Busch.

Bei jedem schriftlichen Verkehr ersuchen wir um deutliche Angabe der Adresse des Absenders. (Name, Ort, Straße und Hausnummer.)

Bekanntmachungen.

— Sonntag, den 15. Mai, ist die 20. Beitragswoche fällig.

— An die Vorstände der örtlichen Verwaltungen. In der Woche nach Pfingsten ist in allen Verwaltungen Vorstandssitzung. Alles Nähere durch Zirkular.

— Adressenverzeichnisse sind vom Hauptvorstand auf Bestellung zu erhalten.

— Barmen. Vorsitzender C. Krause, Sehlhofstr. 43 III. Stellennachweis und Unterstützung Karl Böhm, Gewerbeschulstr. 107 I. Die Hauptversammlungen finden am 2. Samstag im Monat in Barmen Rödiggerstr. 16 und am 4. Samstag in Elberfeld im Volkshaus, Hombüchlerstr. statt.

— Lübeck. Laut Versammlungsbeschuß vom 7. Mai 1910 wird, nachdem der größte Teil der Kollegen schon seit dem 1. Januar 1910 45 Pfg. pro Woche bezahlen, der Wochenbeitrag allgemein auf 45 Pfg. festgesetzt. Dieser ist bereits mit der 20. Woche fällig.

— III. Agitationsbezirk. Das unterzeichnete Komitee beruft hiermit auf Sonntag, den 22. Mai 1910, vormittags 10 Uhr, nach Mannheim in der Restauration zur Volksstimme, R. 3. 14., eine außerordentliche Bezirkskonferenz ein. Der Weggang des Gauleiters Kollege Kaiser macht diese Konferenz notwendig. Wir ersuchen die Kollegen an allen Orten zu der Angelegenheit Stellung zu nehmen, und verweisen im übrigen auf die letzten 3 Rundschreiben. Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Tätigkeitsbericht. 2. Kassenbericht, Berichterstattung Kollege Kaiser. 3. Wahl des Gauleiters. 4. Organisation und Agitation, Referent Busch, Berlin. 5. Beratung der Anträge. 6. Verschiedenes.

Etwaige Anträge sind bis spätestens 12. Mai an uns einzusenden. Bis dahin müssen uns auch die Delegierten bekannt gegeben sein.

Das Agitationskomitee. I. A.: E. Kaiser.

— Coblenz. Am 1. Pfingstfeiertag: Ausflug nach der alten berühmten Benediktiner-Abtei „Maria Laach“ in der Eifel. Treffpunkt um 9 Uhr morgens am Bahnhof in Coblenz-Lützel. Abfahrt 9,22. Wiederankunft in Coblenz etwa 9 Uhr abends.

— Schweiz. Kollegen, die Anfragen nach der Schweiz richten, werden gebeten, Rückporto beizulegen, am besten durch Rückportoschein (bei der Post erhältlich). Briefe 20 Pfg. Karten 10 Pfg. Der Arbeitsnachweis ist gegenwärtig sehr überlaufen, darum bitten wir, Zuzug fernzuhalten.

Literarisches.

— Eine gemeinverständliche Schrift über den Halleyschen Kometen und über Kometen überhaupt ist soeben zur rechten Zeit im Verlage von Kaden u. Komp. in Dresden erschienen. Sie trägt den Titel: Kometen — Wissenschaft und Aberglaube — ist mit nicht weniger als 28 astronomischen und kulturgeschichtlichen bemerkenswerten Bildern und zwei feinen Bildnissen geschmückt und von Fritz Düvell und Franz Diederich gemeinsam verfaßt. Das Nähere des Halleyschen Kometen führt jedermann vor eine Menge Fragen, und auf die will das Buch in leichtverständlicher und doch weit ausgreifender Art durch Wort und Bild Antwort geben. Ein solches Buch fehlt bisher. Jeder fragt in diesen Tagen: Was ist denn nun das: ein Komet? Wofür hielten unsere Vorfahren diese Gestirne und was wissen wir heutzutage? Woher kommt ein Komet? Wohin eilt er in rasendem Rennen? Welche Bewandnis hat's mit seinem Schweif, der sich erst entwickelt, wenn sein Träger in die Nähe der Sonne kommt? Sind Sternschuppen, Meteore mit Kometen verwandt? Wie weit sind wir in all die Rätsel der Himmelsunendlichkeit eingedrungen? Und vor allem: was wird's für uns Menschen bedeuten, wenn unser Erdkörper, wie's im Mai geschehen ist, durch den Schweif eines Kometen kreist? Weltuntergang? Giltige Vergewaltigung alles Lebens vom Himmel her? Was eigentlich hat's mit den Weltverrichtungstätigkeiten auf sich, von denen die Menschen seit Urzeiten immer wieder befallen worden sind? So beantwortet die Schrift viele Fragen und hat Eigenschaften genug, sich überall gute Freundschaft zu erwerben. Und wohlfeil ist es durchaus: es kostet nur 1 Mark.

Inhalts-Übersicht zu No. 20.

Der Allgemeine Deutsche Gärtner-Verein im Jahre 1909. — Was die Herrenhaus-Junker aus der Wahlrechtsvorlage gemacht haben. — Der Außerordentliche (Siebente) Gewerkschaftskongreß zur Reichsversicherungsordnung. — Der Kampf im Baugewerbe und die Gärtnerei. — Der Lohnkampf in Remscheid. — Natur und Kultur. — Süddeutsches. — Mißstände auf Berliner Friedhöfen. — Der Kampf in Bremen. — Korrespondenzen: Berlin; Schweinfurt; Travemünde-Lübeck; Ausland: Paris; Prag. — Allgemeiner Deutscher Gärtnerverein: Bekanntmachungen. — Literarisches.

